

„Den Wertekanon Lud

Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble, ehemaliger Bundesinnenminister, Bundesfinanzminister und CDU-Parteivorsitzender, gehört seit 1972 dem Deutschen Bundestag an. Im zweiten Jahr der Corona-Krise traf bdiv-Präsident Willi Rugen den Spitzenpolitiker zum Gespräch.



wig Erhardts erhalten“

Willi Rugen: Herr Bundestagspräsident Schäuble, seit mehr als einem Jahr beschäftigt uns die Corona-Krise – gesellschaftlich, politisch und ökonomisch. Viele kritisieren, das Parlament habe exekutive Entscheidungen nur im Nachgang „absegnen“ dürfen. Auch habe es über manche Aspekte, etwa die fehlende Datenbasis oder Kollateralschäden der ergriffenen Maßnahmen, zu wenig Debatten gegeben. Wie beurteilen Sie das?

Wolfgang Schäuble: Der Eindruck eines passiven Bundestages in der Pandemie ist falsch. Das Parlament war während der gesamten Corona-Krise voll handlungsfähig. Bereits im harten ersten Lockdown haben die Abgeordneten im Plenum debattiert – zwar auf Abstand, aber nicht digital zusammengeschaltet, sondern in Präsenz. Im Plenum und in den Ausschüssen wurde

mit großer Intensität über die erforderlichen politischen Schritte beraten, in Rede und Gegenrede über die rechtlichen Fragen der Pandemiebekämpfung gestritten. Weitreichende Corona-Hilfen zur Abmilderung der ökonomischen Folgen des Lockdowns wurden beschlossen. Richtig ist, dass in der öffentlichen Wahrnehmung das Handeln der Exekutive stärker wahrgenommen wurde. Aber das ist in Krisensituationen immer der Fall, weil dann in den Medien besonders auf die Regierung geschaut wird. Trotzdem bleibt festzuhalten: Nichts geschah im Kampf gegen Covid-19 ohne Einbeziehung des Parlaments. Der Bundestag blieb auch in der Krise die „Herzkammer der Demokratie“.

Willi Rugen: Besonders kritisiert wurden die Ministerpräsidenten-Runden, deren Beschlüsse teilweise von den eigenen Mit-

gliedern nach wenigen Stunden ad absurdum geführt wurden. Sehen Sie vor diesem Hintergrund oder ganz allgemein die Notwendigkeit, Staat und Verwaltung zu reformieren? Müssen wir unser föderales System im Sinne der Krisentauglichkeit reformieren?

Wolfgang Schäuble: Zunächst ist festzuhalten, dass nicht alles bei der Pandemiebekämpfung unrund lief. Im Gegenteil stießen viele der im vorigen Jahr von Bund und Ländern ergriffenen Maßnahmen auf hohe Zustimmung in der Bevölkerung. Richtig aber ist: Mit zunehmender Dauer der Krise passierten Kommunikationsfehler. Es gab Defizite in der Abstimmung. Entscheidungsprozesse erschienen zunehmend als intransparent. Das gab Anlass zu Unzufriedenheit. Und ja, die Kakophonie der Länder, das Hü und Hott der Minister-



Foto: Robert Klüba

präsidentenrunden zwischen Shutdown und Lockerung irritierte die Menschen. Dies schwächte das Zutrauen in die Stärken unserer föderalen Ordnung. Dem begegnete der Bundestag mit der Novellierung des Infektionsschutzgesetzes als Grundlage für ein bundesweit einheitliches Vorgehen. Die „Bundesnotbremse“ war eine notwendige Antwort auf die Krise. Aber auch ohne Corona braucht es Überlegungen, inwieweit sich unsere bundesstaatliche Ordnung optimieren lässt. Ich selbst kritisiere seit langem die bei uns über Jahrzehnte gewachsene föderale Politikverflechtung. Denn der Bundesrat wird gerne als ein Blockadeinstrument genutzt und politische Einigungen gelingen oft nur auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner. Angesichts zunehmend globaler Herausforderungen können wir uns das schlicht nicht leisten. Deshalb sollten wir die Anstrengung nicht scheuen, im Nachgang zur Krise über Alternativen zur föderalen Verflechtung nachzudenken. Die Schweiz oder die USA, in denen der Föderalismus anders organisiert ist, könnten hier als Vorbild dienen. Gleichwohl werde ich den Föderalismus als solchen immer verteidigen – aus

Überzeugung und weil ein Blick etwa nach Frankreich zeigt, dass Zentralismus keineswegs ein besseres Krisenmanagement garantiert.

Willi Rugen: Die ökonomische Politikberatung hat in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht. Gewünscht hätten wir uns allerdings, dass zur Beurteilung und Bewältigung der Corona-Krise ein interdisziplinärer Krisenstab eingerichtet wird, in dem auch Ökonomen vertreten sind. Halten Sie das rückblickend für etwas, was man in ähnlichen Fällen in der Zukunft besser machen könnte?

Wolfgang Schäuble: In der beispiellosen Situation einer Virus-Bedrohung muss sich die Politik zunächst auf medizinische Expertise stützen. Im Kampf gegen eine Pandemie stellen Ärzte notwendigerweise die wichtigsten „Bataillone“. Das liegt in der Natur der Sache. Richtig aber ist, dass die Komplexität solcher Krisen auch den Rat anderer Experten benötigt, von Ethikern und Verfassungsrechtlern, von Soziologen und Pädagogen. Und selbstverständlich müssen in die schwierigen Abwägungspro-

zesse auch und besonders die Stimmen von Ökonomen einfließen. Die Kollateral-Folgen der Pandemiebekämpfung sind nicht zuletzt im wirtschaftlichen Bereich beträchtlich und dürfen in einem exportabhängigen Land wie Deutschland nicht ignoriert werden. Ich habe deshalb schon während der ersten Corona-Welle angemahnt, bei allen Entscheidungen die wirtschaftlichen Folgen im Blick zu behalten, und das tue ich auch weiterhin. Ob und inwieweit es allerdings nötig sein wird, in Zukunft mehr Ökonomen in die Krisenstäbe zu berufen, können wir erst im Rückblick beurteilen, wenn die Pandemie überstanden ist und verlässlich Bilanz gezogen werden kann. Denkbar ist, dass wirtschaftliche Expertise künftig stärker nachgefragt wird. Denkbar ist aber auch das Gegenteil. Immerhin hat der US-Wirtschaftsjournalist Binyamin Appelbaum in seinem 2020 erschienen Buch „Die Stunde der Ökonomen“ darauf hingewiesen, dass in den letzten Jahrzehnten Wirtschaftswissenschaftler eher zu großen Einfluss auf die Politik hatten, besonders in den USA. Grundsätzlich braucht es auch in der ökonomischen Politikberatung Maß und Mitte. Ich halte es da mit Ludwig Erhard, der sagte, dass ohne Wirtschaft zwar alles nichts ist, aber Wirtschaft auch nicht alles sein kann und darf.

Willi Rugen: Bezüglich der Haushaltspolitik führt die Corona-Krise in ein Dilemma: Einerseits wird im Sinne der Daseinsvorsorge und Krisenprävention diskutiert, ob es vielleicht doch ein Fehler war, kritische Infrastrukturen zu privatisieren. Andererseits ist die Ausgabenpolitik schon jetzt außer Rand und Band. Teilen Sie unsere Sorge, dass zu mühsam errungenen Regeln wie der Schuldenbremse vielleicht nicht mehr zurückgekehrt wird?

Wolfgang Schäuble: Die Konjunkturprogramme der letzten anderthalb Jahre habe ich von Anfang an befürwortet, darunter den EU-Wiederaufbaufonds, was manche überrascht hat. In meiner Zeit als Finanzminister stand ich im Ruf, aus Prinzip sparsam zu sein. Dabei ging es mir damals wie heute um Nachhaltigkeit: Die Aufnahme von Krediten zur Konjunkturstimulierung in Krisenzeiten ist richtig, solange die Rückzahlung nicht aus dem Blick gerät. Die Notwendigkeit späterer Tilgung wird allerdings oft übersehen. Und das beunruhigt mich schon. Viele Regierungen in der EU konzentrieren sich auf das Schuldenmachen und zögern die Begleichung ihrer Verbindlichkeiten hinaus. Die Folge sind kontinuierlich anwachsende Staatsschulden. Über kurz oder lang droht so Inflation.

Besorgniserregende Anzeichen dafür gibt es bereits in den USA, aber auch in der EU. Das ist nicht nur ein ökonomisches Problem. Überschuldung birgt auch Gefahren für das soziale Gefüge. Kreditgeber des Staates sind überwiegend Wohlhabende. Ihr Vermögen wächst durch die Staatsschulden an. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich immer weiter. Das ist sozialer Sprengstoff. Wir müssen deshalb zurück zur fiskalischen Normalität. Die Last der Staatsschulden muss reduziert werden. Sonst droht nach Corona eine „Schuldendepandemie“, die fatale Folgen für die Wirtschaft in Europa hätte. Schon heute sind Länder wie die USA oder China im Bereich Produktivität und Workload dem demografisch überalterten Europa voraus. Dieser Wettbewerbsnachteil würde sich weiter vergrößern, wenn die EU-Staaten ihre finanzielle Handlungsfähigkeit durch Überschuldung aufs Spiel setzten. Deshalb muss jedes Mitglied der Euro-Zone Anstrengungen unternehmen, zu stärkerer Haushaltsdisziplin zurückzukehren.

Willi Rugen: Die Aussetzung des Schengen-Abkommens, Irritationen im Zuge der Impfstoffbestellung, nationale Egoismen – all das hat das Vertrauen vieler in Europa erschüttert. Und das in einer Zeit, in der wir die EU dringend brauchen, um Herausforderungen wie den Klimawandel zu bewältigen. Was muss Deutschland tun – vielleicht mit Frankreich zusammen –, um Europa aus der Krise zu führen?

Wolfgang Schäuble: Was die Impfstoffbestellung betrifft, fand ich es richtig, dass die Mitgliedsstaaten der Versuchung zu nationalen Alleingängen widerstanden haben. Das stieß zwar in der Tat auf Widerstand in der Öffentlichkeit, aber nur so sorgten wir dafür, dass alle Mitgliedsstaaten am Ende genug Impfungen erhalten. Nur so erwies sich Europa als Solidargemeinschaft. Es bleibt dabei: Deutschland wird es nur gut gehen, wenn es auch den anderen Staaten in Europa gut geht. Deutschland wird eine gute Zukunft nur in einem starken, zukunftsfähigen Europa haben. Und in der Tat: Deutschland und Frankreich haben dabei eine besondere Führungsverantwortung, weshalb es sehr gut ist, dass sich die deutsch-französische Achse in der Krise wieder bewährt hat – in und für Europa. Wenn Deutsche und Franzosen nicht am selben Strang und in dieselbe Richtung ziehen, dann ist Europa fast schon blockiert. Umgekehrt reicht es aber eben auch nicht, dass wir Deutsche und Franzosen uns auf

etwas einigen. Wir dürfen niemals von den anderen Mitgliedstaaten wahrgenommen werden, als würden wir sie dominieren wollen. Das setzt ein hohes Verständnis für die Erfahrungen und Erwartungen unserer anderen europäischen Nachbarn voraus. Wir müssen fähig und willens sein, mit ihnen auf Augenhöhe zu diskutieren, auch wenn uns nicht alle ihre Einstellungen gefallen. Ich habe immer dafür geworben, dass man sich etwa innerhalb der Visegrad-Gruppe ein Stück weit gegenseitig berät und abstimmt. In Deutschland mussten wir auch erst lernen, die Lebenserfahrungen und Leistungen der Menschen in den neuen Bundesländern zu verstehen und anzuerkennen. In Europa ist das ein ähnlicher Prozess. Die osteuropäischen Staaten haben andere historische Erfahrungen und nehmen zu manchem eben

eine andere Haltung ein. Man wird Europa aber nur voranbringen, wenn man solche Unterschiede respektiert. Dieser Prozess ist noch nicht am Ende. Wir müssen ihn weiter vorantreiben. Nur wenn uns das gelingt, werden wir gemeinsam die vor uns liegenden Herausforderungen bewältigen können: Klimawandel, Migration, nachhaltige Stärkung der Resilienz. Auf sie müssen wir uns in der EU gemeinschaftlich konzentrieren, sobald wir das Corona-Virus gebändigt oder ihm durch umfassenden Impfschutz seine Bedrohlichkeit genommen haben.

Willi Rugen: In der Volkswirtschaftslehre flammt seit Jahren immer wieder die Debatte auf, ob die Freiburger Schule durch quantitativ-empirisch ausgerichtete angelsächsische Ansätze obsolet geworden ist.



Foto: Robert Kluba

Auseinandersetzungen gab es auch um die Verlängerung des Mandats von Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld im Sachverständigenrat (SVR). Welche VWL wünschen Sie sich für Deutschland und Europa?

Wolfgang Schäuble: Ich habe nie einen Hehl aus meiner Sympathie für den Ordoliberalismus gemacht, wie die Freiburger Schule auch genannt wird. Den Bezug der Ordoliberalen auf ein festes Wertefundament und ihre Ausrichtung an einem realistischen Menschenbild betrachte ich als zeitlose Stärke. Der Mensch ist, wie schon Kant wusste, zu Großem fähig, aber auch aus allzu krummem Holz geschnitzt; verführbar, ängstlich, irrational. Er handelt oft nicht zum Wohle der Mitmenschen. Das bedeutet, dass dem Markt und seinen Akteuren dort, wo sie die Werte unserer Wirtschaftsordnung unterlaufen könnten, durch die Politik Grenzen gesetzt werden müssen, ohne dass dies in Gängelei ausartet. Für diese pragmatische Balance aus Freiheit und Regulierung steht der Ordoliberalismus, wie ihn auch Lars P. Feld vertritt, dessen Ausscheiden aus dem Rat der Wirtschaftsweisen ich bedauere. Die international dominierenden Vertreter der angelsächsischen Tradition quantitativ-empirischen Arbeitens können den Ordoliberalismus übrigens nicht ersetzen. Sie schenken der Rolle von Institutionen zu wenig Beachtung und blenden insbesondere den Staat zu stark aus der Analyse aus. Eine Blickverengung, die dem Ordoliberalen zurecht als unklug erscheint. Ein starker Staat, der vernünftige Spielregeln setzt und auf deren Einhaltung achtet, ist aus Sicht der Freiburger unentbehrlich – und nicht nur die aktuelle Krise gibt ihnen darin Recht. Allerdings wird sich auch der Ordoliberalismus weiterentwickeln und offen für Methoden und Erkenntnisse anderer Schulen sein müssen. Ich bin sicher, dass er dazu bereit ist, hat doch schon sein Gründervater Walter Eucken wirklichkeitsbezogene Flexibilität bei der Formulierung von Grundsätzen gefordert und geschrieben: „Wirtschaftspolitische Diskussion sollte nicht Diskussion über Doktrin, sondern über konkrete Ordnungsaufgaben sein.“ Darauf kommt es auch in Zukunft an.

Willi Rugen: Ludwig Erhard, der unserem Verband als Ehrenmitglied angehörte, hätte nächstes Jahr seinen 125. Geburtstag erlebt. Funktioniert die Soziale Marktwirtschaft heute noch in Erhards Sinne und wird es uns im internationalen Wettbewerb gelingen, die Errungenschaften der Sozialen Marktwirtschaft auch für zukünftige Generationen zu bewahren?

Wolfgang Schäuble: Auch wenn gelegentlich Spitzenpolitiker jüngeren Jahrgangs nicht mehr zu wissen scheinen, wer die Soziale Marktwirtschaft begründet hat, ist mir um die Zukunft dieses Leitbilds nicht bange. Für Ludwig Erhards Konzept des „Wohlstands für alle“ gilt ebenso wie für den Ordoliberalismus, dass sie auch für künftige Generationen attraktiv bleiben, sofern sich die Soziale Marktwirtschaft offen zeigt für Weiterentwicklungen im theoretischen wie praktischen Bereich. Dazu zählen etwa die Erkenntnisse der Neuen Institutionenökonomie, der Public-Choice-Theorie, der Verhaltensökonomie oder anderer neuerer Denkrichtungen. Abzulehnen sind allerdings die Versuche einer Vereinnahmung Ludwig Erhards durch Gegner marktwirtschaftlicher Prinzipien, darunter erklärte Marxisten. Sie versuchen eine „Domestizierung durch Uminterpretation“, wie das die Wirtschaftsethikerin Karen Horn einmal genannt und als problematisch bezeichnet hat. Hier kann nicht zuletzt Ihr Verband mithelfen, durch Aufklärung und Wissenstransfer den nicht verhandelbaren Wertekanon Ludwig Erhards, seine Orientierung an Freiheit, Eigeninitiative und sozialer Verantwortung, im kollektiven Gedächtnis zu erhalten.

Willi Rugen: Wir sehen derzeit auch eine Debatte über die Rolle des Eigentums in unserer Gesellschaft und eine Bewegung, die unter dem Begriff „Verantwortungseigentum“ eine neue Unternehmensrechtsform schaffen möchte. Was halten Sie von dieser Idee?

Wolfgang Schäuble: Die Initiatoren der „Stiftung Verantwortungseigentum“ fürchten, dass herkömmliche Unternehmensformen in Zeiten der Globalisierung nicht mehr im nötigen Ausmaß Nachhaltigkeit garantieren können. Dies möchten sie mit der neuen Rechtsform einer „GmbH in Verantwortungseigentum“ sicherstellen. Dahinter steckt eine Sorge, die schon Otto von Bismarck umtrieb und ihn zu der prägnanten Aussage veranlasste: „Die erste Generation verdient das Geld, die zweite verwaltet das Vermögen, die dritte studiert Kunstgeschichte und die vierte verkommt vollends.“ Um den Übergang des Firmenbesitzes an unternehmerisch ungeeignete Nachkommen zu verhindern, sieht das Konzept des Verantwortungseigentums den Erbfall an „Werte- und Fähigkeitenverwandte“ vor statt an genetisch Verwandte. Die Debatte hat auch die Parteien erreicht. Seit Januar laufen die parlamentarischen Beratungen über einen entsprechenden Gesetzentwurf, der im Mai 2021 von den Initiatoren überarbeitet wurde. So soll der Name der Rechtsform nun „GmbH mit ge-

bundenem Eigentum“ lauten, um zu verhindern, dass Unternehmen, die diese Rechtsform nicht übernehmen, per se in den Verdacht geraten, „unverantwortlich“ zu handeln. Tatsächlich ist Verantwortung mehr eine Frage konkreten Verhaltens als bestimmter Rechtsformen. Die Debatte verläuft deshalb auch kontrovers. Ich persönlich stehe dem Gesetzgebungsverfahren offen gegenüber und bin der Meinung, dass es gut ist, allen Argumenten für und gegen das Konzept Gehör zu schenken. Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit. Auch das gehört zum Anspruch auf Nachhaltigkeit und ist Ausdruck von Verantwortung – in diesem Fall der des Parlaments.

Willi Rugen: Zusammen mit ca. 70 weiteren Institutionen hat der bdvb kürzlich das Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland aus der Taufe gehoben. Teilen Sie unsere Überzeugung, dass eine Verbesserung der ökonomischen Allgemeinbildung in Deutschland vieles leichter machen würde und dass es eigentlich Aufgabe der Schule wäre, einen qualifizierten Wirtschaftsunterricht verpflichtend für alle anzubieten?

Wolfgang Schäuble: Der britische Ökonom Alfred Marshall hat Wirtschaftswissenschaft einmal als „Analyse des menschlichen Verhaltens bei den ganz alltäglichen Dingen“ bezeichnet. So gesehen, betrifft Ökonomie tatsächlich uns alle und verdient es, breiter rezipiert zu werden, als das für gewöhnlich der Fall ist. Kenntnisse wirtschaftlicher Prinzipien könnten insbesondere manch schmerzhaftes Lebensereignis verhindern, wie sie zum Beispiel der Ökonom Harald Scherf, Bruder des früheren Bremer Bürgermeisters Henning Scherf, machen musste. Der kirchlich engagierte Scherf bereiste als Student Indien und fand eines Tages vor seiner Unterkunft ein Körbchen mit einem Neugeborenen vor. Einheimische rieten ihm, dieses „Geschenk“ zu ignorieren, da es nur der Versuch sei, europäische Mildtätigkeit auszunützen. Scherf brachte das aber nicht übers Herz und sorgte für die Unterbringung des Babys in einer christlichen Missionseinrichtung. Am nächsten Tag lagen dreißig Körbe mit Neugeborenen vor seiner Tür! Scherf erkannte seinen Irrtum, einen „falschen Anreiz“ gesetzt zu haben, und verließ schnellstens die Stadt. „Moral Hazard“, wie ihn Scherf hier erlebte und der auch als „Fluch der guten Tat“ bekannt ist, gibt es aber nicht nur im Individuellen. Auch auf nationaler und zwischenstaatlicher Ebene kann ein in bester Absicht erfolgreiches Handeln unangenehme Konsequenzen haben, wenn dabei ökonomische Prinzipien missachtet werden. Insofern ist die Verbreitung wirtschaftlicher Kenntnisse

» DEUTSCHLAND WIRD ES NUR GUT GEHEN,
WENN ES AUCH DEN ANDEREN STAATEN
IN EUROPA GUT GEHT. «



wirklich sinnvoll und wünschenswert. Ein eigenes Schulfach könnte dabei unter Umständen helfen, doch darüber müssen die für Kultusangelegenheiten zuständigen Landesregierungen entscheiden. Armin Laschet hat das für Nordrhein-Westfalen bereits getan und das Fach Wirtschaft/Politik etabliert, was meine ungeteilte Zustimmung findet.

Willi Rugen: Eine persönliche Frage zum Abschluss: Was planen Sie persönlich nach der Bundestagswahl?

Wolfgang Schäuble: Da ich mich entschieden habe, noch einmal für den Bundestag zu kandidieren, sind meine persönlichen

Planungen im Falle einer Wiederwahl darauf gerichtet, weiter meinen Beitrag zur Politik in unserem Land zu leisten, nicht zuletzt dazu, jenes Projekt zu einem Abschluss zu bringen, dessen unzureichende Zwischenlösung ich als größte Enttäuschung der letzten vier Jahre empfinde: die Wahlrechtsreform zur Verhinderung eines weiteren Anwachsens des Bundestages. In zahlreichen Briefen haben mir Bürgerinnen und Bürger mitgeteilt, dass ihr Vertrauen in die Politik wegen des Ausbleibens einer wirkungsvollen Deckelung der Mandatszahlen erheblich gesunken ist. Viele schrieben, dass es ihnen schwerfalle zu glauben, Deutschland könne mit den drängenden globalen Herausforderungen fertig

werden, wenn unser Land es noch nicht mal hinbekomme, das relativ kleine Problem der Wahlrechtsreform zu lösen. Auch wenn dieses Argument die Komplexität der durch verfassungsgerichtliche Entscheidungen und Veränderungen der Parteienlandschaft verfestigten Wahlrechtsproblematik zu gering einschätzt, ist richtig: Wir müssen unsere Handlungsfähigkeit auch in dieser Frage unter Beweis stellen und Vertrauen zurückgewinnen, denn Vertrauen ist für die Politik – ökonomisch gesprochen – ein knappes Gut und die wichtigste Ressource der Demokratie.

**Herr Schäuble,
vielen Dank für das Gespräch!**